

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Gottlinger-Zürich.
Verfassungen
franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Taschengeld.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus jährlichen
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzbuch)
Mk. 3.— für Deutschland (Kauert)
R. 1. 70 für Oesterreich (Kauert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzbuch)

Inserate
Die Zeitschriften-Verleger
25 Hfr. — 20 Pfr.

Nr. 34.

Donnerstag, 17. August.

1882.

Preis an die Abonnenten und Correspondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begn. verfolgt wird, und die nötigen Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Verlässlichkeit verleiht werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag leicht überführen, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß uns möglichst unerschütterliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen verurtheilt sich selbst größere Sicherheit Rekommandation. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Nähe noch Kasse scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Ein Meineidiger.

Reich mir die Hand, die einen Meineid schwur;
Nicht wahr, Meineid, so nannte es die Welt!
Die christlich-fromme, die von jeder nur
Das, was ihr paßt, für Recht und Wahrheit hält.
Und war es selbst der allerhöchste Trug,
Sie nennt's „Gefetz“ und gibt ihm in die Hand
Das Nichtschwert, das dich unbarmherzig schlug,
Weil schuldig dich „göttliche Sagen“ fand.
Ha, „göttlich“! Tausendmal verfluchtes Wort,
Das Menschenfesseln preist als Menschenrecht
Und wuchernd durch Aeonen fort und fort
Zu Fortschritt hemmt das menschliche Geschlecht.

Reich mir die Hand, was ist denn dein Vergehn?
Du hast einst Treue einem Freund gelobt
Und zum Betrüger an ihn awerschen,
Hat sie in Wahrheit sich dem Freund versprochen;
Ihm, dem sie ja mit erstem Mund versprach,
Die Wehr zu schwingen in dem heiligen Streik,
Der nach jahrtaundlanger schwerer Schmach
Ausbliden läßt auf eine bessere Zeit.
Und weil die Hand dem Bruder, den Gewalt,
Nicht „göttlich Recht“ genannt, in Banden hielt,
Nicht freig entzogen, den letzten Rettungshalt,
Hat tüchtig die Gewalt nach dir gezielt!
Mit „Meineid“ brandmarkt sie die Hand, daß dich
Als bald ihr bißder Thronus Frevler schilt. —
Sist ihre Welt, was also kümmert's mich,
Dem es als Schandfleck nur für jene gilt?
Das Mal hat dir die Hand ja nicht gelähmt
Und müthig schwingst du fernherhin die Wehr
Zugleich mit uns, die wir, wie du verzeihst,
Nur fallen können, weichen nimmermehr.

Reich mir die Hand, und schwören wollen wir
Bei diesem Ehrenzeichen, das sie schmückt —
Hör' es, du christlich-fromme Welt, hör's ihr,
Die ihr bis jetzt nur gnädig nach uns lüchelt,
Die Waise des Gefetzes: Wenn einmal
Euch offen u n s e r Recht entgegentritt,
Bewehrt wie euer „Recht“ mit blankem Stahl
Dann soll, was bisher es durch euch erst
An euch für alle Zeit gerochen sein:
Gewalt und List, Unrecht und schanden Hohn,
Der tauendjährigen Knechtschaft bittre Pein
Berüligen wir sammt eurer Högen Thron —
Das schwören wir euch grimmen Herzens zu,
Und glaubt ihr Thronen unserm Fischgras nicht,
Nur um so besser, geht euch hin der Nach,
Euch trifft, eh' ihr es ahnt, des Volks Gericht!

Aufhebung des Ausnahmegesetzes?

1.

In wenigen Wochen sind es vier Jahre, daß das vielberufene „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ beschlossen worden und in Kraft getreten ist.

In der ersten Zeit des neuen Zustandes, als alle Unwetter der Gewaltthat zugleich losbrachen und ihre zerstörende Arbeit an hunderten von Werken des Geistes und der Hand deutscher Arbeiter ausübten, da thaten die Sozialdemokraten, was der Wanderer thut, wenn er auf freiem Felde von einem rasenden Sturm überfallen wird: er wendet dem Orkan den Rücken und zieht den Kopf ein, damit die verheerende Windbraut mit möglichst geringem Schaden über ihn hinwegbrause. Ob diese Art nicht auch ihre Nachteile hatte, ist eine andere Frage, deren Erörterung nicht in den Rahmen dieses Aufsatzes gehört. Genug, sie war eine instinktive.

Als dann der Sturm nach einiger Zeit, gerade in notwendiger Folge seiner ersten übertriebenen Heftigkeit, etwas nachließ und die Sozialdemokraten sich auch etwas an ihn gewöhnt hatten, sahen sie sich um und überblickten die Lage. Allmählig wurden zerrissene Fäden aller Art wieder angeknüpft. Und je zahlreicher die Verbindungen wurden, desto besser ließ sich der Umfang des Schadens erkennen, den das Zerstückungs- und Verfolgungs-unwetter gethan. Viele Wunden waren zu heilen, noch Lebensfähiges den neuen Verhältnissen anzupassen und viel Neues zu schaffen. Aber wo immer man Hand anlegen wollte, stellte sich das allgegenwärtige Ausnahmegesetz hindernd und drohend in den Weg. Entgegen der früheren Zusicherung, daß nicht die Sozialdemokratie überhaupt, sondern nur das Gemeingefährliche an ihr“ verkehrt sein solle, legte sich auf alles und jedes, was nur im entferntesten mit sozialdemokratischen Gedanken und Personen in Beziehung zu stehen schien, die rohe Polizeihaut.

Da ward das allgegenwärtige von Vielen auch für allmächtig gehalten, und die Wünsche des Ausnahmegesetzes schienen so eng, daß nichts durch sie hindurchzuschlüpfen vermöchte, und aus so festem Hant, daß nichts sie zerreißen könnte. Eine kräftige Bewegung unter dem Sozialistengesetz dänkte manchen eine

Unmöglichkeit. „Das Ausnahmegesetz kann nicht bleiben, es muß abgeschafft werden, um jeden Preis“ — lautete darum weithin das Mahnwort. Und auf manche, die in der ersten Zeit den Kopf zu lange und zu tief eingezogen gehalten, und die dadurch die Gewohnheit, ihn hochzutragen etwas verloren hatten, übte das einen schlimmen Einfluß. Diese fingen an zu behaupten: wenn der Sturm werke, daß man den Kopf einziehe und unbeweglich verharre, so werde er bald zu wehen aufhören. Und ihre Meinung fand nicht wenige Anhänger.

Aber der Sturm kümmerte sich selbstverständlich nicht um den kindlichen Glauben, und das Ausnahmegesetz ward noch vor Ablauf der Gültigkeitsdauer um ein paar weitere Jahre verlängert.

Jetzt, nachdem die süße Hoffnung sich in das verdiente Nichts aufgelöst hatte, mußte man, wohl oder übel, auf die rauhe Straße der Wirklichkeit — erst mit dem einen Fuß und dann bald mit beiden. Erst fing man an, der Polizei ein kleines Schnippchen zu schlagen und ihr zu trotzen; und dann, nachdem der Vann der „Gefährlichkeit“ abgestreift war, ging es in immer schnellerem Marsch hinein in den vollbewußt und planmäßig „ungefährlichen“, auch in der Form revolutionären Kampf, wie wir ihn heute führen. Es mag vielen schwer genug geworden sein, die Bahnen der allgewohnten „gefährlichen“ Bewegung zu verlassen und sich in den unbegrenzten, schnell weiter und immer weiter reichenden Strom der Gefährlichkeit zu werfen. Indes, der Rubikon ist überschritten, die Brücke ist hinter uns abgedroschen, unsere Fahnen wehen längst weit jenseits und kein bedauerndes oder jagendes Gedanke vermag den Weitermarsch mehr aufzuhalten.

Da taucht seit einiger Zeit die Frage über die Fortdauer des Ausnahmegesetzes abermals auf. Noch vieler Reichstag habe über die Verlängerung oder Nichtverlängerung zu entscheiden und seine Zusammensetzung lasse es als nicht unmöglich erscheinen, daß er die Weiterbewilligung verweigern werde. Da erwacht bei vielen die alte Hoffnung wieder, und manche mögen sich vielleicht schon im Traume ausmalen, wie wir im Jahre 1884 unsere Blätter, Versammlungen, Vereine, nebst allem Zubehör der früheren Agitation, wieder aufleben lassen werden. Dahin gehende Fragen kann man, besonders auf Reisen, gar nicht selten von Arbeitern und Genossen hören, ein Beweis, daß die Frage vielfach erörtert wird.

Meiner Meinung nach wird dieser Frage viel zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Denn nicht nur werden dadurch falsche Vorstellungen und Hoffnungen erzeugt und genährt, deren Enttäuschung dann Abspannung und Mißmuth hervorrufen muß, sondern es entsteht dadurch auch die Gefahr, daß dadurch viel Wichtigeres aus den Augen verloren, jedenfalls aber ein Theil der zu seiner Verfolgung nötigen Kraft vergeudet wird.

Ich halte es deshalb für notwendig, den Genossen nachzuweisen, wie vergeblich es ist, auf die Aufhebung des Ausnahmegesetzes zu hoffen, und wie falsch alle auf solche Erwartungen gegründeten Berechnungen sind.

Zunächst befreite ich gar nicht, daß es bei der dermaligen Zusammensetzung und der gegenwärtigen Stimmung des Reichstages immerhin denkbar wäre, daß ein Regierungsantrag auf abetmalige Verlängerung des Gesetzes verworfen würde. Nicht die Einsicht ihres Unrechts, wohl aber die Erkenntnis ihrer Ohnmacht, die Sozialdemokratie durch den Polizeiknüppel zu „vernichten“, und die Erfahrung, daß die revolutionäre Entwicklung dadurch nur beschleunigt wird, das hat viele der Väter des Gesetzes zu seinen gezwungenen Gegnern gemacht. So wäre es denn in der That nicht unmöglich, daß Zentrum, Sezession, Fortschritt mit den Gruppen der Volksparteiler, Polen, Elsaßler u. s. w. zusammen eine Mehrheit gegen das Gesetz ergäben. Wobei aber selbstverständlich immer vorausgesetzt ist, daß nicht bis dahin irgendwelche Ereignisse oder Polizeikünste dem Bürgerthum abermals den nötigen hochgradigen Schreck vor dem rothen Gespenst einjagen, in welchem es der Regierung blindlings folgt und ihm gerne jede Gewalt gibt.

Sehen wir aber, die gegnerische Mehrheit finde sich und das Gesetz werde abgeschafft. Kann nun ein Sozialdemokrat kindlich genug sein, zu glauben, daß damit einfach der alte Zustand vor dem Gesetz wieder hergestellt sei? Dann müßte er unter anderem ganz vergessen haben, daß nicht die Gesetze es sind, welche die Machtverhältnisse regeln, sondern daß umgekehrt die Gesetze nichts als der in „Rechts“form gebrachte Ausdruck jener sind. Nun haben sich die bisherigen Machtverhältnisse aber nicht wesentlich verändert, sondern dauern zunächst noch fort, und weiter wird Niemand daran glauben, daß über Regierung und herrschende Klassen jetzt plötzlich der heilige Geist herabkommen und sie die Nothwendigkeit einer aufrichtigen und gründlichen Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Sozialdemokratie lehren werde, so daß sie also freiwillig auf ihre Nachfälle gegen uns verzichten.

Hieraus folgt, daß, sobald die bisherige Form des Ausdrucks der vorhandenen Machtverhältnisse

aus irgend einem Grunde zerbrechen sollte, dieselbe sofort durch eine andere ersetzt werden würde, welche unter anderer Gestalt dasselbe Machtverhältnis zum Ausdruck bringen und deshalb für uns wesentlich gleich ungünstig sein müßte. Und so steht es denn auch bereits fest und ist von den Wortführern aller als Gegner der Fortdauer des Ausnahmegesetzes etwa in Frage kommenden Parteien bereits öffentlich und vertraulich zugestanden, daß der Abschaffung des Sozialistengesetzes notwendig eine entsprechende, ausgiebige Verschärfung der allgemeinen Gesetzgebung folgen würde. Hat doch noch in der letzten Winter-session der Fortschrittler Hänel unter dem Beifall seiner Gesinnungsgenossen erklärt: daß er sein (schon bei Schaffung des Gesetzes gemachtes) Angebot, die „wüsten Ausschreitungen“ der Sozialdemokratie „auf dem Boden des gemeinen Rechts“ zu bekämpfen, aufrechterhalte, da „einen derartigen Gebrauch der Freiheit der Presse, der Versammlungen u. s. w.“ wie sie die Sozialdemokratie praktizirte, alle übrigen Parteien verurtheilten und unmöglich machen wollten. Ich denke, das ist bestimmt und deutlich. Und diese Stimme kommt noch dazu aus der verhältnismäßig „freisinnigsten“ Partei!

Es ist für die geliebten Rechtsbrecher und Gesetzesfabrikanten eine Leichtigkeit, das verschwundene Ausnahmegesetz durch einige Paragraphen in die „ordentliche“ Gesetzgebung wieder hineinzu- bringen. Hat doch die Regierung in der, nächsten Winter zur Verathung kommenden Gewerbegesetznovelle, welche jegliche Kolportage außer der mit „patriotischer, religiöser und Kalender-Literatur“ verbietet, bereits den Weg gezeigt. „Revidirt“ man dazu das Preßgesetz, das Vereins- und Versammlungsrecht nach rückwärts und holt zum Ueberflus die früher abgelehnte famose Bismarcksche Strafgesetznovelle wieder hervor, welche jeden Angriff „gegen die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft: das Eigenthum, die Familie, die allgemeine Wehrpflicht u. s. w.“ bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft — dann wäre vollkommen ausreichender Ersatz geschaffen. Blicke höchstens noch der kleine Belagerungs Zustand, bezw. die Ausweisung übrig, die sich mit dem nöthigen guten Willen ebenfalls gemeinrechtlich machen ließen. Und dann wären wir glücklich wieder auf dem Alten.

Es wird nun oft angeführt, daß die Beseitigung des Ausnahmegesetzes trotzdem einen Vortheil für uns habe, weil durch die Verschlechterung des gemeinen Rechts dann auch unsere „liberalen“ Gegner mit zu leiden hätten. Dieser Grund scheint auf den ersten Blick etwas Ueberzeugendes zu haben. Er entspringt vor allem aus der begreiflichen Schadenfreude, unsere Gegner in die von ihnen selbst gegrabene Grube fallen zu sehen, und folget dann weiter, daß die Herren Fortschrittler u. s. w. selbst nicht mehr hineinzu- fallen, lieber die Grube zudecken, d. h. die Gesetzesverschlechterungen bald wieder beseitigen würden. Diese letztere Schlussfolgerung ist aber schon darum nicht stichhaltig, weil, selbst angenommen, daß den bürgerlichen Oppositionsparteien mit dem gleichen Maße wie uns ausgemessen würde (was wenig wahrscheinlich), so daß dieselben die Abschaffung der drückenden Gesetzesbestimmungen wünschen müßten, alsdann diese Abschaffung vom „gefährlichen“ Standpunkt aus zehnfach schwerer wäre, als die eines Ausnahmegesetzes. Denn im letzteren Falle hat die Regierung dem Reichstag gegenüber keinerlei formelles Hindernismittel, während sie jede Abänderung der allgemeinen Gesetzgebung dem Reichstag zum Trost durch einfache Verweigerung der Zustimmung verhindern kann.

Wichtiger für uns ist aber eine andere Erwägung. Ein Ausnahmegesetz kennzeichnet sich schon durch seine Form als eine Unterdrückungs- und Verfolgungsmahregel gegen eine bestimmte Partei und Klasse. Als solches wird das Sozialistengesetz auch allgemein anerkannt, und es ist zweifellos, daß die weitläufig überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes die auf Grund des Ausnahmegesetzes Gemäßigten nicht als Verurtheilte, d. h. als gewöhnliche Rechtsbrecher, sondern einfach als verfolgte Gegner der Regierung ansieht. Hat doch die Regierung selbst oft genug betont, daß das Sozialistengesetz gar kein Rechtsgesetz, sondern lediglich ein Polizeigesetz, ein Verwaltungsgesetz sei. Sobald aber die wesentlichen Bestimmungen des Ausnahmegesetzes in die ordentliche Gesetzgebung übergehen, werden sie nicht nur formell zu „Recht“, sondern es geht auch das Bewußtsein ihres Ursprunges als bald verloren, und der Uebertreter erscheint dem nicht näher Zusehenden (und das ist die große Mehrheit) einfach als Verleher der für uns geltenden Ordnung. Somit verlieren wir ein uns günstiges Element der Bildung der öffentlichen Meinung.

Aber es gibt noch einen wichtigeren Grund, warum der gegen uns gerichtete Krieg durch ein Ausnahmegesetz dem durch die ordentliche Gesetzgebung vorzuziehen ist.

Soziale Kurpfuscherei.

Die „Leipziger Zeitung“, mit der wir uns schon des öfteren zu beschäftigen hatten, macht seit etwa anderthalb Jahren sehr stark in „praktischem Christenthum“ und „Sozialreform“. Und man will entdeckt haben, daß ihr Eifer mit besonderer Lebhaftigkeit stets dann zu Tage tritt, wenn die sächsische Regierung durch ihre Polizei oder Richter irgend einen besonders unchristlichen Streich gegen die Sozialdemokraten ausführen läßt. Das Defizit des „praktischen Christenthums“ der Wirklichkeit soll durch den Ueberfluß des „praktischen Christenthums“ der Theorie auf dem Papier ausgeglichen werden.

Unter solchen Umständen konnte es nicht verwundern, daß das amtliche Hauptorgan der sächsischen Regierung gerade um die Zeit, wo die Erneuerung des über Leipzig und Umgegend verhängten Belagerungszustandes, nebst den in dieser Maßregel gehörigen Extraprozessen, -Ausweisungen und Polizeistandalen jeglicher Art die öffentliche Aufmerksamkeit erregte, mit wahrer Berferferwuth sich auf das „praktische Christenthum“ und die „Sozialreform“ warf, und einen Vollenbruch von sozialreformatorischen und praktisch christlichen Artikeln niederprasseln ließ. Einer derselben gab uns bereits Stoff zu einigen Betrachtungen. Heute wollen wir zwei anderen, die den Niedergang des Bauernstandes und die Mittel, diesem Niedergang zu steuern, behandeln, ein paar Minuten widmen.

Der Niedergang des Bauernstandes hat, dem Verfasser zufolge, sieben Ursachen (sieben ist bekanntlich eine heilige Zahl, und wer in praktischem Christenthum macht, muß sich auch an die heiligen Zahlen halten.)

Diese sieben Ursachen sind (wörtlich zitiert):

- 1) Die unbeschränkte Dismembrationsfreiheit (Güterzerstückelung);
- 2) Die zerstreute Lage der Grundstücke;
- 3) Mangelhafte Intelligenz und in Folge dessen mangelhafter Betrieb;
- 4) Mangel an Real- und Personalkredit;
- 5) Mangel an Genossenschaften, oder
- 6) wo dieselben vorhanden sind, Nichtbetheiligung an denselben;
- 7) Nichtbetheiligung an den Robiliar-, Hagel-, Vieh- und Viehversicherungs-Gesellschaften.

Dies die Ursachen. Mit der Erkenntniß der Ursachen sind natürlich auch die Heilmittel gegeben. Und da der Ursachen sieben sind, sind selbstverständlich auch die Heilmittel sieben.

Die sieben Heilmittel sind, den sieben „Ursachen“ genau und mit unabweichender Logik entsprechend:

- 1) Gesetzliche Beschränkung der Dismembration;
- 2) Zusammenlegung der Grundstücke;
- 3) Ein größeres Maß von Intelligenz unter dem Bauernstand;
- 4) Beschaffung von Kredit;
- 5) Pflege des Genossenschaftswesens;
- 6) Anregung zur Theilnahme an Genossenschaften;
- 7) Theilnahme der Bauern an den Hagel-, Feuer-, Vieh- und sonstigen Versicherungs-Gesellschaften.

Man sieht, für jede der sieben „Ursachen“ auch ihr entsprechendes Heilmittel.

Sehen wir uns nun die Heilmittel etwas näher an (bei einer Kritik der „Ursachen“ wollen wir uns heute nicht aufhalten).

1) Also der unbeschränkten Dismembration muß gesteuert werden. Richtig. Unbeschränkte Parzellirung ist in der That der Ruin der Landwirtschaft. Wie soll der Dismembration gesteuert werden? Durch ein Gesetz, Gut. Aber man kann doch den Landverkauf in der heutigen Gesellschaft nicht gänzlich verbieten. „Das Gesetz soll dafür sorgen, daß kein Gut kleiner wird, als zur Ernährung einer Familie ausreicht.“ Aber was reicht denn zur Ernährung einer Familie aus? Der Verfasser sagt es nicht.

Was soll aus den Kindern werden, die das Gut nicht bekommen? Der Verfasser sagt es nicht. Und was soll aus den Bauern werden, deren Güter schon zu klein sind? Der Verfasser sagt es nicht.

2) Die Zusammenlegung der Grundstücke ist unzweifelhaft praktisch, und das wird allgemein anerkannt. Aber was soll aus den Bauern werden, die keine Grundstücke zusammenzulegen haben? Der Verfasser sagt es nicht.

3) Das größere Maß von Intelligenz wäre für unseren Bauernstand allerdings sehr nützlich. Als Mittel, um Intelligenz unter die Bauern zu bringen, schlägt der Verfasser vor: „Überall landwirtschaftliche Bauernvereine“ und „in jedem Kreise oder Amtsbezirke eine Ackerbauerschule mit einer Anzahl Freistellen für Söhne unbemittelter Bauern.“

Das ist gut, aber lange nicht ausreichend. Jedenfalls müßte der Beitritt zu den Vereinen und der Besuch der Schulen (die Vereine und Schulen als höchst vorausgesetzt) obligatorisch gemacht werden. Inwiefern, und wie, ist die „Intelligenz“, wenn es um der ökonomischen Möglichkeit in ihrer Verwirklichung geht?

An die Herbeiführung dieser ökonomischen Möglichkeit denkt unser Verfasser, indem er

4) Beschaffung von Kredit fordert. Vortrefflich. Aber wie? Durch Kreditvereine, welche die Bauern unter sich gründen sollen! Mit anderen Worten, die Bauern, deren „Niedergang“ emphatisch konstatiert worden ist, sollen sich selbst mit dem nöthigen Kredit versehen. Auf welche Art dieses Wunder bewerkstelligt werden soll, verglichen mit dem das Kraftstück Wänschhausens, der sich an seinem eigenen Pops aus dem Sumpfe zog, eine Kleinigkeit war, das verschweigt der bescheidene Verfasser.

Doch Geduld, es bleiben ja

5) die Genossenschaften. Was für Genossenschaften? Produktivgenossenschaften? Ackerbau-Genossenschaften? Gemeinwirtschaftlicher Dorfbetrieb?

Beiläufig: ein Konsumverein zum billigeren Ankauf von Maschinen, Geräthen, Kohlen etc. Parturiant montes.“ Und das nennt sich „Hebung des Bauernstandes durch Genossenschaften.“ Wie viel Groschen das Jahr ein im Niedergang begriffener Bauer durch einen solchen Konsumverein erspart, hat der Herr Verfasser uns vorzurechnen vergessen. Wir bedauern es. Der arme Schulze (von Delitzsch) hätte wenigstens eine kleine Freude gehabt.

6) Daß man die Bauern zum Beitritt in derartige Konsumvereine anreizt, kann nicht schaden. Ein paar Seidel Bier das Jahr springen allemal heraus — angenommen, daß der Konsumverein keinen Schulzischen Genossenschaftsantrocken macht.

7) Auch die Theilnahme an den einschlägigen Versicherungsgesellschaften ist durchaus empfehlenswerth. Allerdings muß zugegeben werden, daß die Zahl der Bauern, welche in Folge der Nichtbetheiligung an Versicherungsgesellschaften (also durch Hagel-, Hagel-, Feuer-, Vieh- und Viehversicherungen) „niedergegangen“ sind, eine verschwindend kleine ist, neben den Hunderttausenden, die alljährlich in unseren kontinentalen Kulturstaaten nach allgemeinen ökonomischen Gesetzen regelrecht zu Grunde gehen.

Von diesen allgemeinen ökonomischen Gesetzen hat der Gelehrte der „Leipziger Zeitung“ keine Ahnung. Sonst würde er die jämmerlichen Palliativmittel, von denen die praktischen an vielen Orten längt nach, oder theilweise in Anwendung sind, nicht vorgeschlagen haben.

Auch nicht eins der sieben Heilmittel, auch nicht alle sieben Heilmittel zusammen sind im Stande, den ökonomischen Prozeß zu beeinflussen, durch welchen der Niedergang des Bauernstandes bedingt wird. Dem Bauernstand (soweit dieser Ausdruck sich in einer Gesellschaft anwenden läßt, die keine Sklaverei mehr hat), dem Bauernstand kann an-

geholfen und sein weiterer „Niedergang“ verhindert werden nur durch Radikalmittel, nur durch eine gründliche Umgestaltung unserer gesammten Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt.

Wer sich in dieser Radikalur nicht entschließen kann oder will; wer gleich dem Gelehrten der „Leipziger Zeitung“ und dem Trost unserer deutschen Regierungen- und Polizeisozialisten, unter hochtrabenden Namen, und mit charlatanischer Wichtigkeitserei wirkungslose oder lächerlich ungenügende, in ihrer Wirkungslosigkeit positiv schädliche Heilmittel verschreibt, der ist kein christlicher Sozialreformer, sondern ein verächtlicher Kurpfuscher.

Da aber die „Leipziger Zeitung“ ein offizielles Regierungsorgan ist, und unter den deutschen Zeitungen, welche die Bismarck'sche „Sozialreform“ hysterisch verteidigen und vertreten, unzweifelhaft den obersten Rang einnimmt, so wird der soziale Kurpfuscher, der in der „Leipziger Zeitung“ sein Befehl treibt, für uns zum typischen, klassischen Repräsentanten der gegenwärtig unter den Auspizien Bismarck's zur Schau des „Volks der Denker“ grassirenden sozialen Kurpfuscherei.

Wie die Sozialdemokratie ihre gefallenen Vorkämpfer ehrt.

Hamburg, 10. August 1882.

Am 1. August d. J. waren es drei Jahre, daß

Wilhelm Leopold August Weib,

geboren am 10. April 1842, im Alter von 37 Jahren aus unserer Mitte durch den Tod hinweggerafft wurde.

Ein unendlicher Verlust ist es, den wir durch seinen Tod erlitten. Die Achtung, die selbst unsere größten Feinde auch im heftigsten Kampfe vor dem schlichten Volksmann bezeugten, bewies schon allein, mit welcher überzeugender Gewalt er die Reinheit und Größe der von ihm vertretenen Sache zu verteidigen wußte.

Für das arbeitende Volk Hamburgs und Umgegend war Weib in Wahrheit der unentgeltliche, stets bereitwillige Rathgeber und, wo er es vermochte, Helfer. Trod dem hörte man ihn niemals davon reden — er hatte einen zu hohen Begriff von seiner Aufgabe, als daß er sich dessen zu rühmen vermochte, was er als seine Pflicht erachtete. Freund und Feind empfing er im persönlichen Verkehr mit gewinnender Sanftmuth, gleich einem Lehrer, der zu überzeugen sucht, anstatt zu zwingen. Galt es aber, das Unrecht, und dessen Träger zu geißeln, so schloß er ihm nie an schneidender Schärfe, an vernichtender Kritik.

Weib's politische Thätigkeit ist allen aufgeklärten Männern des Volks in Deutschland und über dessen Grenzen weit hinaus bekannt. Er hatte ein thatenreiches Leben, eine eifrige Wirksamkeit in Wort und Schrift hinter sich, trod dem er so früh von uns scheiden mußte. Wir glauben daher, die Gelegenheit heute nicht vorüber gehen lassen zu dürfen, an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ die Aufforderung zu richten, sich mit den Genossen Kuer, Bebel, Liebknecht, Hofmeister u. s. w. in Verbindung zu setzen, um die zahlreichen Zeitungsartikel, Reden, Gedichte u. s. w. Weib's zu sammeln, und sie alsdann gesichtet als Weib's Werke im Druck herauszugeben, als Vermächtniß unseres großen Todten und zum Andenken an denselben.

Wie sehr Weib vom arbeitenden Volke geliebt wurde, bewies am besten die Thatfache, daß an seinem Beerdigungstage, Sonntag, den 3. August 1879, mindestens 30,000 Arbeiter geschlossen seinem Sarge folgten. Und am 1. August d. J. trat klar zu Tage, daß die Arbeiter, die in der Heimath gebliebenen, wie auch diejenigen, welche durch das infame Ausnahmegericht von Weib und Kindern hinweg jenseits des Ozeans getrieben wurden, ihren August Weib nicht vergessen haben und nicht vergehen werden.

Mit dem Schlage 5^{1/2} Uhr Morgens wurden am 1. August in wenigen Minuten drei, zwei und einen halben Fuß im Durchmesser große Lorbeerkränze mit blutrothen Schleifen an drei zu diesem Zwecke angefertigten zehn Fuß langen Blumensträußen auf das Grab Weib's besetzt; in der Mitte, mit mächtig langer rother Schleife, der von den Parteigenossen Hamburg's und Umgegend gewidmete Lorbeerkranz, während an den Lorbeerkränzen zur rechten und linken Seite die imposanten, von den deutschen Sozialisten New-York's und Chicago's gewidmeten blutrothen Schleifen flatterten.

Diesen drei großen Kränzen folgten acht weitere, ca. zwei Fuß im Durchmesser haltende Lorbeerkränze, gleichfalls mit prachtvollen rothen Schleifen, die an den unteren Enden der Blumensträußen und an dem Grabstein des Verstorbenen besetzt wurden. Um 6 Uhr war das Grab bereits ein einziger Blumen- und Schleifenbusch. Kleinere Kränze suchte man an allerlei Art am Grabe zu besetzen. Von Männern, die man nie gekannt, wurden die herrlichsten Kränze stillschweigend auf das Grab niedergelegt. Hunderte von Menschen hatten bereits Morgens 7 Uhr das Grab unseres braven Vorkämpfers besucht, während den ganzen Tag über eine förmliche Wanderung nach dem Grabe stattfand. Gegen 11 Uhr Morgens ließ die Gattin des Verstorbenen, die schon in der Frühe um 6 Uhr das Grab besucht hatte, auf Anrathen einiger Freunde die großen Schleifen von den Lorbeerkränzen trennen, um sie zum Andenken an ihren Mann aufzubewahren. Inwiefern man sagen, daß der Belagerungszustand bis jetzt über das Grab August Weib's noch nicht verhängt worden ist. Konstabler patrouillirten längs der Chaussee, an deren Grenze Weib begraben liegt, ruhig auf und nieder und betrachteten erstaunt das reichgeschmückte Blumengrab.

Als Hamburg 1870 in Belagerungszustand erklärt wurde, ließ der preussische Gouverneur Vogel von Falkenstein auf Grund einer Annonce im Leipziger „Volkswacht“ Weib als Staatsverbrecher verhaften und nach Wlgen an die russische Grenze schleppen. Da man aber Weib in keiner Beziehung eines Verbrechens überführen konnte, so legte sich der Hamburgische Senat in's Mittel und reklamierte seinen hanseatischen Bürger, worauf Weib im Dezember 1870 wieder in Freiheit gesetzt wurde. Bäre Weib nicht gestorben, dann wäre er mit der Erste gewesen, der, als 1880 der Belagerungszustand über Hamburg und Umgegend verhängt wurde, ausgewiesen worden wäre.

Der Hamburgische Senat, der seit 1870 sich zum gehoramen Diener des schamigen Reichthums, zum ergebenen Helfershelfer des schamigen Landjunkers Bismarck degradirte hat, hätte Weib diesmal vor der Ausweisung nicht geschützt, nachdem er überhaupt schon so tief gesunken ist, auf Befehl von Berlin durchaus unbescholtene Männer aus ihrer Vaterstadt von Weib und Kindern ausweisen zu lassen. Es ist heute nicht unsere Absicht, die Handlungsweise des Senates zu kritisiren, wir werden das ein anderes Mal und bei passender Gelegenheit besorgen; heute wollen wir nur wiederholen, was am 1. August Tausende und Abertausende von Proletariern in Hamburg stülften und durch festen Händedruck am Grabe Weib's sich mittheilten und gelobten. Rag man uns noch so wüthend verfolgen, mag man uns noch so gewaltsam unterdrücken, nimmer wird es uns gelingen, unsere Ueberszeugung aus unseren Herzen zu weihen, nimmer wird man uns den Glauben an einen Sieg des Rechtes über das Unrecht, der Freiheit über die Unterdrückung, der Arbeit über die Ausbeutung rauben können. Aber so wahr es ist, daß Druck kein Gegenstand erzeugt, so wahr ist es auch, daß ein Volk, das die politische Anechtung jahrelang willig erträgt, schließlich demoralisirt und zum Sklavenvolk herabsinkt.

Seien wir daher unermüdet, laßt uns die trägen und wankelmüthigen Arbeiter zum Kampfe anspornen und rastlos neue Streiter für unsere gerechte Sache, für die Sache der barbenenden Menschheit, zu gewinnen

suchen. Lassen wir uns die besten unserer Todten als leuchtendes Beispiel dienen!

Ehre unseren im Kampfe gefallenen Streitern!

Nachfolgend lassen wir hiermit die Inschriften der an den verschiedenen Lorbeerkränzen besetzten Schleifen folgen:

Die Parteigenossen von Hamburg, Altona, Ottenen, Wandsbeck und Harburg:

Dem Andenken ihres August Weib:

Im Harren und Krieg,
Im Sturz und Sieg,
Bewußt und klar,
So wirkt er fort
In unserer Schaar.

Von den in New-York weilenden Genossen aus Hamburg, Altona, Ottenen und Wandsbeck:

Ihrem August Weib gewidmet:

Alles nur in Allem:
Er war ein Mann!

Die deutschen Sozialisten Chicago's ihrem verstorbenen Kampfgenosse August Weib am 1. August 1882:

Sein Leib ist todt,
Sein Geist lebt fort!

Wir können die gold'nen Früchte am Baume der Gesellschaft nicht erreichen, weil die Schlange der Reaktion um denselben gewunden ist. Wir müssen ihn also fassen! August Weib.

Von persönlichen Freunden des verstorbenen August Weib wurden zwei prachtvolle Lorbeerkränze auf das Grab gelegt, deren blutrothe Schleifen folgende Inschriften trugen:

I.
Memorie indelebili A. G.
In tyrannos!*)

II.
Der Sonnenaufgang läßt sich nicht verhängen
Mit Purpurmanteln und mit schwarzen Kutten,
August Weib, der wahre Volksfreund,
Unverkleinert, unverdunkelt,
Leuchtet seines Namens Ehre!

Die Korbmacher Hamburgs:

Gewidmet von Korbmachern ihrem August Weib
am 1. August 1882.

Er war unser!

Die Eimsbüttler Parteigenossen:

Dem Andenken ihres unvergeßlichen August Weib von Eimsbüttler Freunden gewidmet:

Sein Leben liegt fastelos und leuchtend ausgebreitet,
Kein dunkler Flecken blieb darin zurück!

Von einigen hiesigen Parteigenossen:

August Weib,
Som Volk geliebt, vom Feind geachtet,
Ein hohes Ziel, das Du errungen.

Drei Schleifen hatten keine Inschriften.

In zwei Lorbeerkränzen mit rothen Schleifen waren die geschriebenen Worte zu lesen:

I.
Durch das Ausnahmegericht neu geworbene Freunde
ihrem August Weib 1882.

II.
Dem Kämpfer für Freiheit und Recht. 1882.

Auch die in Bremen weilenden Hamburger Ausgewiesenen sandten einen Kranz mit entsprechender Aufschrift ein. L. F.

Wir benutzen diese Gelegenheit, die nachfolgende Korrespondenz aus Braunschweig zu veröffentlichen, die uns vor einiger Zeit, leider etwas verspätet, zugegangen ist:

Braunschweig, im Juni.

— Am 29. Mai, dem Geburtstag unseres verstorbenen Wilhelm Brade, war der Grabhügel und das Denkmal desselben reich geschmückt mit Kränzen, welche mit rothen und weißen Schleifen und bunten Blumen versehen waren. Von früh bis zum Abend — es war der zweite Pfingsttag — zogen die Genossen mit Weib und Kind hinaus zur letzten Ruhestätte ihres nur allzufröhlich dahin gegangenen Vorkämpfers.

Der Denkstein, der Brade's Grab schmückt, ist ein sammt dem Sockel 14 Fuß hoher Obelisk von weißem schwebischen Granit. Der Sockel weist auf der Vorderseite den Namen des Verstorbenen, sowie Datum des Geburts- wie Todestages desselben auf, die Rückseite enthält die Inschrift: Dem Manne des Volkes, dem Freunde der Menschheit. Den Obelisk schmückt ein wohlgetroffenes Relief Brade's, dessen Modell ein junger Künstler, der Bildhauer Stein in Leipzig, angefertigt hat, während den Fuß der hiesige Kunstgießer Pecht ausgeführt hat. Weiden dorf nachgerühmt werden, daß sie sich bemüht haben, Vorzügliches zu leisten. Die Kosten des Denkmals, welches Alles in Allem 1600 Mark gekostet hat, sind folgendermaßen aufgebracht worden: 1100 Mark die hiesigen Genossen, 400 Mark die Genossen im übrigen Deutschland, 50 Mark schickte ein Freund Brade's.

Am Enthüllungstage des Denkmals (29. Mai 1881) wurde die Grabstätte photographisch aufgenommen, und zwar von dem Photographen Meyer in Braunschweig.

Nicht ohne hohe Befriedigung werden die Genossen allerorts von den obigen Berichten Kenntniß nehmen. Die Opfer, welche da aufgewendet wurden, sind sicherlich gut angewendet worden; denn sie sind für die Ausbreitung unserer großen Sache von nicht zu unterschätzender Wirkung. Theoretisch mögen wir ja über alle Kunstfertigkeiten erhaben sein, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir heute eine Minderheit sind, deren Bestreben es sein muß, auf die große Masse Eindruck zu erzielen. Für uns Sozialisten, Kampfgenosse von Brade und Weib, bedarf es weder der Kränze noch der Schleifen mit ihren Inschriften, in unsern Herzen lebt das Andenken an unsere wackeren Vorkämpfer auch ohnehin fort; aber auf die große Masse wird kaum eine Demonstration nachhaltigeren Eindruck erzielen, als die, welche ihr zeigt, wie die Sozialdemokratie ihre gefallenen Vorkämpfer zu ehren weiß.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 16. August 1882.

— Zur ägyptischen Krisis. Die berühmte Konferenz in Konstantinopel, welche die ägyptische Frage lösen sollte, ist seit einigen Wochen hinausgeschoben auf dem Sprunge auseinanderzufliegen, das Geschickste, was sie überhaupt thun kann, nachdem sie mit dem möglichen Aufwand von Schaffran dafür gefordert hat, daß diese Frage um keinen Schritt ihrer Lösung näher gebracht werden ist.

Es ist uns von befreundeter Seite der Vorwurf gemacht worden, wir hätten uns von unserer berechtigten Sympathie für die unterdrückten Fellahs zu weit hinreisen lassen, es sei mehr wie wahrscheinlich, daß Krabi Pascha und dessen Freunde nicht besser seien, als die orientalische Pascha's überhaupt. Letzteres mag richtig sein, wenigstens fast alle Be-

*) Dem unaufrichtigen Andenken August Weib's. Wider die Tyrannen!

*) Es freiten die Berge.

richte, welche Krabi als grausam, geizig und herrschsüchtig hinstellen, sich nachträglich als gefällig erwiesen haben. Erst die Zukunft wird uns darüber belehren, ob wir Unrecht daran gethan, dem Führer der ausübendsten Fesseln unsere Sympathie zuzuwenden.

Ubrigens haben wir von jeder erklärt, daß für uns die Person Krabi Pascha's von ganz nebensächlicher Bedeutung ist; nur wünschen wir, daß es ihm gelingen möge, wenigstens einen Theil seiner Aufgabe durchzuführen. Die dahingehenden Aussichten sind, trotz der Konkurrenz in Konstantinopel, trotz namentlich der Intriguen der russischen und deutschen Vertreter an derselben, nicht ungünstig, wenngleich es den Anschein hat, als ob gerade das schlimmste Uebel, unter welchem das ägyptische Volk heute leidet, „im Namen Europa's“ mit Gewalt aufrechterhalten werden wird: der korrupte Einfluß des Sultans!

Man wird uns gewiß nicht der Sympathie für die europäische Spekulantbande, welche Ägypten als Tummelplatz ihrer Unternehmungslust ausserloren hat, beschuldigen, soviel aber müssen wir denn doch sagen, daß ihre Habgier wenigstens indirekt dem Fortschritt in Ägypten zu Gute gekommen ist. Der englische, französische u. russische Handel die Fesseln ebenso strapellos, als der türkische Pascha, aber er errichtet industrielle Establishments, er baut Eisenbahnen u., während der türkische Satrap nur daran denkt, auf Kosten des geschundenen Volkes seinen Harem zu bereichern. Außerdem ist Ägypten kein Indien, es liegt der Kontrolle Europa's zu nahe, als daß eine derartige Mißwirtschaft wie die der famosen englisch-indischen Kompagnie dort möglich wäre. Die beste unter den heutigen Verhältnissen realisierbare Lösung der ägyptischen Wirren wäre somit unserer Meinung nach die Anerkennung der Forderungen der ägyptischen Nationalpartei, eine Reduzierung der von den Kheiden kontrahierten Schuldenlast und die vollständige Befreiung des türkischen Einflusses in Ägypten, insbesondere die Abschaffung des bisher an den Sultan zu leistenden unerhörten Tributes.

Man sollte nun meinen, daß gerade diejenigen Elemente, welche von jeder die Parole „Hinaus mit den Türken aus Europa!“ im Munde führten, in diesem Sinne auf der Konferenz hätten wirken müssen. Fehlgelassen, der Unabhängigkeit Ägyptens ebenso abgeneigt als England, haben sie vielmehr mit aller Macht darauf hinzuwirken gesucht, daß die Türkei als von Europa anerkannter Ordnungshüter in Ägypten aufmarschiere. Wie ungenügend dieser Vorschlag gemeint war, geht daraus hervor, daß er von Rußland lebhaft unterstützt wurde, und es der ganzen Energie des englischen Vertreters bedurfte, ihn mit Erfolg zu bekämpfen; indes hegen diese guten Freunde des Sultans im Stillen noch immerfort in diesem Sinne, und sie würden auch ihr Ziel erreichen, wenn der Sultan nicht ganz heillose Angst vor Krabi hätte.

Dieser aber zeigt sich mit jedem Tage der Aufgabe, die er unternommen, mehr gewachsen. Mag auch Ehrgeiz eine Triebfeder seiner Handlungen sein, er kämpft für die Sache seines Volkes, und diejenigen, die er bekämpft, könnten froh sein, wenn man ihnen weiter nichts als Ehrgeiz vorzumwerfen hätte. Alle sonstigen Fehler aber, die man Krabi nachsagt, sind absolut unerwiesen. Mag dem indisch sein, wie ihm wolle, Krabi ist nun einmal der Führer des Aufstandes, und er hat sich bisher als ein tüchtiger Organisator, als ein geschickter Taktiker erwiesen.

Gelingt es Krabi, den Engländern erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen, dann werden diese, angesichts der Thatsache, daß sie das Reich zum Unfrieden bereiten, sich bald dazu entschließen müssen und auch entschließen, mit ihm und seiner Partei Frieden zu machen, und zwar auf Kosten der türkischen Herrschaft und der europäischen Finanzbarone. Schon heute werden in England einflussreiche Stimmen in diesem Sinne laut. Siegen aber die Engländer, dann werden die drei „guten Freunde“ Rußland, Deutschland und Oesterreich schnell bei der Hand sein, den bisherigen Stand der Dinge in Ägypten wiederherzustellen, namentlich aber die von uns früher charakterisirte Ausbeutung in dreierlei Gestalt mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Darum sympathisiren wir im Interesse des ägyptischen Volkes und im Interesse der Kultur mit Krabi, dem Rebellen gegen Rothschild, den Kheiden und Bismarck — pardon, den Sultan.

— **Krabi Bismarck!** Er ist wirklich zu bedauern, der größte Staatsmann des Jahrhunderts. Trotzdem in allen Fragen der auswärtigen Politik die ersehnten Vertreter des deutschen Volkes sich jeder noch so beschriebenen Einsprache in seine Maßnahmen enthalten, trotzdem es in Deutschland als der höchste Grad von frivolster Vermeessenheit gilt, zu behaupten, daß der Reichskanzler aus ausländischen Fragen gegenüber schließlich nur ein Mensch sei, der auch irren könne, ist er doch immer nicht in der glücklichen Lage, mit dem Wohle und Wehe des deutschen Volkes ganz nach seine Besieben umspringen zu können. Und wer sind die Schändlichen, die sich den Lannern seiner unschätzbaren Durchsicht in den Weg stellen? Die — Juden! „Er“ hat es selbst gesagt, und „Er“ muß es ja wissen. Die Londoner „Morningpost“ berichtet von einem Gespräch Bismarck's mit einem „auswärtigen Diplomaten“, in welchem der Kanzler der Beside Deutschlands folgenden Erguß vom Stapel ließ:

„Deutschland habe ich nicht so in der Hand wie die Leute glauben. Dasselbe befindet sich in den Händen der Juden, die eine wahre Furcht vor dem Kriege haben wegen ihrer Interessen, welche dadurch auf's Spiel gesetzt werden, und der Weiber, welche noch einen größeren Schrecken gegen den Krieg empfinden wegen des gefährdeten Lebens ihrer Ehemänner und ihrer Söhne. Eine kriegerische Politik Deutschlands würde eine Unmöglichkeit sein. Unser ganzes Militärsystem, welches ganz Deutschland umfließt, macht uns zu einer friedlichen Nation. Selbstverständlich können wir ebenso gut wie irgend ein anderer Staat Europas in einen Krieg hineingezogen werden. England hat sich mit aufeinander logischer Logik (Rechtlichkeit) in ein schreckliches Unternehmen gestürzt; aber wenn England wirklich keinen Ehrgeiz zu Eroberungen hegt, dürfte der gegenwärtige Kampf von kurzer Dauer sein.“

Ueber dem orakelhaften Schluß, der eine sonderbare Logik zur Schau trägt — „ein schreckliches Unternehmen“, welches von kurzer Dauer sein wird — gehen wir hinweg, ebenso wie über die Weiber, die den Krieg verabscheuen. Wenn es auf diese Weiber ankäme, so gäbe es nämlich schon längst keinen Krieg mehr. Aber die Juden, die schrecklichen Juden! Woran die nicht alles Schuld sind! Haben Deutschland in der Hand und dulden nicht einmal, daß Er ins Blaue hinein Kriege ansetzt. Das ist ja eine schauerhafte Noth!

Sonderbar übrigens. Soviel uns bemüht ist, machen gerade in Kriegzeiten die großen Juden — denn den hosenverkauften Kindern Israels wird wohl selbst Bismarck die Verfügung über das Schicksal Deutschlands nicht nachsagen — die besten Geschäfte, sei es als Armeelieferanten, sei es als Finanziers der Kriegsanleihen und Kriegenschnidigungen. Es war ja doch wohl Herr Bleichröder, der bei Unterbringung der fünf Milliarden sich so große „Verdienste“ erwarb, daß er derselben in den Adelsstand „erhoben“ wurde? Und dieser verdienstvolle Baron ist bekanntlich der Leibjude seiner Durchlaucht und vermag dessen mobiles Vermögen. Sollte er es sein, der Bismarck beigebracht hat, daß die Interessen der — Juden keinen Krieg vertragen können?!

— **Warum das Volk hungert.** Wenn der Mathisoner Zacharias, mit dem wir uns in voriger Nummer beschäftigten, anstatt sich mit der Frage abzuquälen, ob in späteren Jahrhunderten einmal die Menschen auf der Erde Platz haben werden, lieber in der von ihm bewohnten Provinz mit offenem, nicht durch die Eigentumsbrille getrübbten Blick sich umschauen wollte, so würde er bald inne werden, daß es durchaus nicht die rasche Volksvermehrung ist, welcher das deutsche Volk seine schlichte wirtschaftliche Lage, das deutsche Reich seine Massenwanderung verdankt, sondern daß die wirtschaftliche Misere in Deutschland auf ganz andere Weise befeitigt werden könnte, als durch die Recepte der Frau Annie Besant.

Die Provinz Schlesien, in der Herr Zacharias seinen Wohnsitz hat, ist die dichtbevölkertste des preussischen Staates. Auf einer Fläche von ca. 40,000 Quadratkilometer wohnten 1880 etwas über vier Millionen Menschen, während in ganz Preußen auf 347,500 Quadratkilometer nur 27,278,911 Menschen wohnten. Von diesem Areal Schlesiens waren schon 1878 nicht weniger als 2,233,734 Hektaren als Acker- und Gartenland in Betrieb. Als Wiesen- und Weideland wurden etwas über 400,000 Hektaren benützt, während die Holzungen 1,163,026 Hektaren einnahmen. In diesem Reichthum an vegetabilischen Produkten kommt aber noch der Reichthum an mineralischen Schätzen aller Art, kurz, Schlesien ist eine reiche Provinz, in der auf Generationen hinaus noch viel, viel Platz für Menschen vorhanden ist.

Und doch bricht alle paar Jahre in Schlesien großer Nothstand aus, während er in einer Anzahl von Distrikten bereits chronisch ist, und doch ist die gesammte Arbeiterbevölkerung Schlesiens, die Ländliche wie die städtische, so schlecht gestellt, daß jährlich Tausende und Abertausende Deutschland den Rücken kehren und in Amerika eine neue, bessere Heimath suchen.

Und warum?

Eine Aufstellung, welche in diesen Tagen durch die deutschen Zeitungen lief, gibt die Antwort darauf. Es ist eine Zusammenstellung des Grundbesitzes in Schlesien. Wir lassen diese höchst charakteristische Liste hiermit folgen.

Es besitzen in Schlesien Grundeigentümer über 12,000 Morgen:

Graf Jork von Wartenburg auf Klein-Dels	12,304 M.
Graf Burgkhan von Kasan	13,116 "
Geb. Komm.-Rath Schöller in Düren	18,330 "
Königl. Fideikommiß (12 Güter)	22,954 "
Großherzogin von Sachsen-Weimar	23,022 "
Graf Prashma auf Hallenberg	23,484 "
Herzog von Sagan	24,464 "
Baron Rothschild auf Schillersdorf	24,696 "
Graf von Oppersdorf auf Oberglögan	25,360 "
Graf von Ragnitz auf Ebersdorf	26,112 "
H. L. Graf Schaffgotsch-Koppitz	31,236 "
Fürst Lichnowsky auf Kuchelna	33,084 "
Graf von Rothenburg in Holstein	34,448 "
Graf Hochberg auf Hohnsod	34,774 "
Reichsgraf von Rolsbach auf Müllisch	41,604 "
Königl. Alodialbesitz	45,328 "
Graf Strachwitz auf Stubendorf	46,648 "
von Liele-Winkler	53,864 "
Graf H. Henckel von Donnersmard-Raclio	57,272 "
Fürst Carolath-Beuthen	64,112 "
Prinz Baron Carl-Ludw. von Pöln-Wartenberg	70,088 "
Fürst Herm. v. Haysfeld-Trachenberg	76,760 "
Prinz v. Hohenlohe-Zweigenhausen	86,180 "
Graf G. Henckel v. Donnersmard	92,008 "
Herzog v. Ujest-Siamenzky	114,568 "
Reichsgraf Schaffgotsch-Warmbrunn	126,276 "
Graf Renard-Dr. Strelich	127,988 "
Herzog v. Meißner-Rauben	131,360 "
Prinz Fr. der Niederlande, Erbprinzen	142,100 "
Fürst von Pleß	150,764 "
Herzog von Braunschweig	176,992 "
Königl. Domänenfiskus	755,844 "

Wenn wir von dem königl. Domänenfiskus absehen und für den königl. Fideikommiß und Alodialbesitz den Hektarpreis als einen und denselben Besitzer annehmen, so nennen die obigen 30 Magnaten nicht weniger als

1,951,196 Morgen Land

ihre Eigenthum. Alles erspart, denn nur durch Sparen entsteht Eigenthum, sagt Schätze-Deitlich.

Heilig ist das Eigenthum!

Wahlgemerkt, das sind nur die Großen unter den Großgrundbesitzern. Es kommen da noch hinzu die Ritterlehen und Kleinen unter den Großen. Die speziellen Angaben fehlen uns da freilich, soviel aber wissen wir, daß in der gottbegnadeten Provinz Schlesien 3652 Rittergüter ein Areal von 6,799,440 Morgen umfassen, das heißt, daß 3,652 Personen mehr als den dritten Theil der Oberfläche von Schlesien ihr Eigenthum nennen!

Da liegt der Haase im Pfeffer, Herr Zacharias! Unsere miserablen niederträchtigen Eigenthums- und Erwerbverhältnisse gilt es anzuklagen, da gilt es, die Hand anzulegen, bevor Sie der Menschheit vorschreiben, wie stark sie sich vermehren darf. 30 Eigenthümer verfügen über einen Grundbesitz, dessen Ertrag selbst beim hundertsten Theil der Ackerbauwissenschaft ausreicht, Hunderttausende von Menschen zu ernähren, und da magt man es, von Ueberbevölkerung zu reden! Ist ein größerer Hofen denkbar? Und die Leute, die solchen Hofen predigen, nennen sich Menschenfreunde oder bilden sich gar ein, es zu sein, und das zweite Wort, welches sie in den Mund nehmen, heißt „Sozialreform“.

Nein, Ihr Herren, mit Euren väterlichen Ermahnungen sangt Ihr uns nicht! So lange wir auf der einen Seite ein hungerndes Proletariat und auf der anderen im Reichthum ersinkende Geldproben sehen, so lange werden wir nicht aufhören, unablässig und unermüdet auf die Befreiung dieses Uebels, der ökonomischen Ungleichheit, loszuarbeiten, und es als einen Verrath an der Sache des arbeitenden Volkes bezeichnen, wenn man es überreden will, halt des sehr realen und daher ausschlaggebenden Kampfes gegen das Großkapital einen höchst unrealen, nebelhaften Kampf gegen ein noch nebelhafteres und unrealeres Bevölkerungsgeheiß zu führen.

— Die großen Hanner. Zwei edle Gründer, die es Jahre hindurch verstanden hatten, vermittelt der Reflektoren der tugendhaften, gründerfeindlichen, christlich-germanisch-konservativen Presse eine ganze Reihe von du-rchans-vertrauensvollen Kleinen Leuten anzubekunden, die Herren Max Levenschein und J. Hollander in Berlin, haben sich unanmerkt als ganz gemeine Schwindler und Abenteuerer entpuppt. Die Herren, welche in höheren Kreisen sich großer Protektion erfreuten, — sie verstanden es, den Geist der Zeit zu erfassen, und waren konservativ mit derselben Ueberzeugungstreue, wie ihre Vorgänger aus den siebenziger Jahren national-liberal waren — sind einer ganzen Reihe von direkten Unterschlagungen überführt worden, und hat die Staatsanwaltschaft insafgedessen gegen sie das Strafverfahren einleiten müssen. Während aber in politischen Projekten, die sich bei der Organisation unserer Staatsanwaltschaft stets nur gegen die Opposition abspielen, die Staatsanwaltschaft, mögen die Dinge auch noch so klar liegen, stets Untersuchungsanstalt handelt, auch Reiz Untersuchungsanstalt verfügen, während man unsern Genossen Loges nicht einmal gegen Kaution auf freien Fuß ließ, obwohl Loges das ihm zur Last gelegte „Verbrechen“ gar nicht in Abrede stellte, laufen die Herren Hollander und Levenschein noch heute freier um und sind so nicht nur in der Lage, eine ganze Reihe von Schwindeleien durch allerhand Schieberleien zu verdecken, sondern auch, falls die Sache wirklich schief geht, Berlin verlassen zu können!

Hollander und Levenschein erfreuten sich nämlich der besonderen Gunst hoher und höchster Persönlichkeiten!

Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt, heißt es in der preussischen Verfassung!

Wer sagt das?!

— **Neupreussische Demokratie.** Für den politischen Nord, der sich gegen den oder gegen die Träger der Gewalt richtet,

findet man doch, so unverzüglich er unter allen Umständen bleibt, eine Erklärung. — Also zu lesen in Nr. 222 der „Frankfurter Zig.“, des Hauptorgans der bürgerlichen Demokratie Neupreußens. Fürwahr, eine schöne Demokratie! Wir anderen Sterblichen hatten immer gemeint, der politische Nord, so bedauerlich er unter allen Umständen bleibt, finde gerade wenn er sich gegen den oder gegen die Träger der Gewalt richtet, nicht nur seine Erklärung, sondern auch seine Entschuldigung, ja, unter bestimmten Umständen, seine Verherrlichung. Ganz abgesehen von unseren Erinnerungen aus der Schulzeit, wo man uns die Harmobius und Kristofiton, die Brutus, die Zell u. a. verehrungswürdige Helden schilderte, dachten wir dabei an die Orsini und Rizzini, beides Männer der bürgerlichen Demokratie, von denen der Eine den Tyrannenmord übte, während ihn der Andere predigte und organisirte, und von deren Ruhm und Lob feinerzeit die bürgerlich-demokratische Presse aller Länder überstieß. Wir dachten an den Sängler des „Neuen Wintermärchens“, den bürgerlichen Demokraten, der noch vor zehn Jahren dem deutschen Volke rief, daß er zurückkehre zur Hölle

„Bis andere Zeiten gekommen,
Bis die Deutschen ihr Schicksal mit kräftigem Thun
Selbstheigen zur Hand genommen.“

Bis sie mit heiliger Jorneesgluth
In Feyer die Thronen zerschlagen,
Und bis sie die ganze Tyrannenbrut
Zur Guillotine getragen!

Bis der verpestete deutsche Sumpf
Von Hecken und Heuschern und Strocheln
Ist ausgerodet bis auf den Stumpf
Mit Knäppeln und Messern und Dolchen.

Bald werden die Völker den lodernen Brand
In die Schiffer der Könige tragen.“

Tempi passati! Das ist einmal gewesen. Sind ja viele Jahre vorüber: Rizzini ist todt, und im Reich der Gottesfurcht und frommen Sittlichkeit ist es ja ganz anders gekommen, als Herr „Seine redivivus“ es damals vorband. Herr Ed. Lasker ist nicht mehr „im Reichthum der tüchtigste Mann“, sondern höchst fast geküßt, und „Explosive Döllingerius kann nicht mehr bewirken, daß

„der Professor Friedrich mehr

Als ein einziges Neßgewand hat.“

Es ist Alles anders gekommen, wenn auch nicht im Sinne des kühnen Sänglers der Demokratie, denn an Herrn Lasker's Stelle „Schwadronier“ jetzt Herr Treitschke, und Herr Döllinger hat dem päpstlichen Runtins Platz gemacht. Und so ist denn auch die bürgerliche Demokratie in sich gegangen, sie fragt nicht mehr nach dem „Präsident der Republik, der deutschen“, sie hat sich selbst die preussische Vikarhande aufgesetzt und schwärmt für die diplomatischen Erfolge des neupreussischen Kaiserreiches. Und wenn einmal in der bösen Außenwelt, die noch nicht verpreußt ist, ein unterdrücktes Volk ohne Leitartikel, aber „mit kräftigem Thun“ des oder der Träger der Gewalt sich zu entleiben sucht, dann — und seien es selbst die Opfer des russischen Absolutismus, erklärt man ihm mit dürren Worten, daß der politische Nord unter allen Umständen verwerflich sei, wie geschehen in der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. August 1882, dem neunundachtzigsten Jahrestage des Sturmes auf die Tuilerien.

— Ueber den Prozeß Bebel-Hasenklever-Liebnecht wird uns aus Leipzig, 8. August, geschrieben:

Heute fand vor der Terzideputation des hiesigen Landgerichts, Strafkammer II, die Verhandlung in dem bekannten Kollektivprozeß gegen Bebel, Hasenklever und Liebnecht statt. Es handelte sich um das vielbesprochene Flugblatt, welches die Genannten unmittelbar nach Verhängung des „Kleinen“ über Leipzig und Umgebung „im Namen sämtlicher Ausgewiesenen“ veröffentlichten und in 18,000 Exemplaren verbreiteten ließen. Das Flugblatt nennt die Verhängung des Besagungsstandes durchaus ungerichtlich, stellt die Maßregel als einen Wahlschoup hin, durch welchen die Sozialdemokratie gelähmt werden sollte, klagt „die Regierungen“ an, rechtlose Zustände geschaffen, Familien zertrüßert, Ehen zerstört zu haben, und sagt von den Sozialdemokraten, sie würden gehen wie wilde Thiere.

In diesen „Behauptungen“ des Flugblattes entbedte die Staatsanwaltschaft zunächst ein Vergehen gegen § 131 und, nachdem ihre Sebrast durch einen Wink des Herrn Justizministers von A belen geschärft worden war, auch noch die weiteren Vergehen der einfachen und der verleumderischen Beleidigung des Bundesrathes, welcher gar nicht genannt war!

Nach der „landesüblichen“ Praxis wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Verhandlungen dauerten von 9 Uhr Vormittags bis kurz vor 12 Uhr, worauf der Gerichtshof sich zurückzog und nach fast dreistündiger Beratung das landesübliche Schuldis in Bezug auf alle Punkte ansprach und in der landesüblichen Weise „begründete“. Jeder der drei Verfasser und Unterzeichner hat zwei Monate Gefängnis bekommen. Freigesprochen wurde der mitangeklagte Drucker Herzog aus Mainz, dem man den lebenswichtigen Streich gespielt hatte, ihn in Mainz Knall und Fall arretriren, per Schub hertransportiren und in einer Spitzhaken- und Bagabundenzelle des hiesigen Gefängnisses den Tag (und die Nacht) vor dem Prozeß sitzen zu lassen, zwar in Einzelhaft, aber doch in zahlreicher, sehr zahlreicher Gesellschaft — von Hütten und sonstigem Ungeziefer. Und, wie gesagt, das Gericht selbst, welches diese Abjagung nebst Schubtransport und Sonstigem verfügt hatte, mußte den Mann für ganz unschuldig erklären und sogar anerkennen, daß er nicht einmal das Prozeßgesetz verletzt habe! So geht's in Deutschland!

Was nun das Urtheil gegen Bebel, Hasenklever und Liebnecht betrifft, so ist über dasselbe viel zu sagen und wieder auch nichts. Nichts, weil es ein Urtheil ist wie hundert andere. An den berechtigten Verdächtigten Projekten haben wir ja gesehen, wie wenig „offenartiger Gemandtheit“ sich unsere „unabhängigen“ Richter über das „wissend“ und „wider besseres Wissen“ hinwegzusetzen wissen. Jemand eine, besser jede That oder Handlung der Regierungen u. a. ist gut — das wissen die Richter, das weiß selbstverständlich auch der verstoßteste Sozialdemokrat, der denken kann; und da der angeklagte Sozialdemokrat die fragliche That oder Handlung für nicht gut erklärt hat, so handelte er natürlich, so sicher er denken kann, „wider besseres Wissen“. Vermittelt dieses einfachen Runtinschens juristischer Gymnasial, das ein Quartaner mit Leichtigkeit in einer Bierstunde erlernen kann, ist das Hinderniß des „wissend“ und „wider besseres Wissen“ glücklich übersprungen, und die Beurtheilung erfolgt nun „von Rechts wegen“, schablonenmäßig!

Daß alle in dem Flugblatt behaupteten „Thatsachen“ nach dem Zeugniß Hundert von uns scheinlichen Zeitungen wahr, und nicht entstell waren — daß die Wahrheit sich mit Händen greifen läßt —, was genirte das die Herren Richter? Sie verstanden leicht Herzens Schwarz in Weiß und Weiß in Schwarz und wer diese Farbenverwechslung — oder wäre es Farbenblindheit? — nicht in der Ordnung findet, thut dies wider „besseres Wissen“. Wenn die von ihrem Heim und Erwerb getriebenen, von ihren Familien gemeinsam und durch einen Willkür getrennten Ausgewiesenen behaupten, daß sie von ihrem Heim und Erwerb getrieben, von ihren Familien gewaltsam und durch einen Willkür getrennt sind, so ist das „eine entstellte Thatsache“ und „wider besseres Wissen“ behauptet.

Gegenüber solcher Logik hört eben Alles auf. Da gibt es eben keine Krivi mehr. Da gibt es nur die Annagelung an den Branger!

Ob die Richter, welche so richten, ihren Willen und ihr Urtheilsvormögen auf die eine oder andere Weise verloren haben, also geistige und moralische Kräfte sind, oder ob sie lebenden Angen wider besseres Wissen urtheilen und verurtheilen, das bleibe dahingestellt; für die Charakteristik unserer Rechtszustände ist es gleichgültig.

Das Einzige, was den heutigen Prozeß von anderen unterscheidet, ist die von den Richtern „festgestellte“ Beleidigung und Verläumdung des Bundesraths. Das Flugblatt, wie schon erwähnt, spricht mit keiner Silbe von dem Bundesrath. Es spricht nur von Regierungen, die für die Verhängung des „Kleinen“ und unsere heutigen rechtlosen Zustände verantwortlich gemacht werden. Hätten die Vertreter der einzelnen Regierungen, speziell der sächsischen, sich beleidigt gefühlt, so hätte das einigermassen einen Sinn gehabt; aber wo liegt die Beleidigung und gar Verläumdung des Bundesraths, der notorisch nur das willenlose Organ der sogenannten Bundesregierungen ist und, ohne die geringste eigene Initiative, nur mechanisch nach Kommando und Instruktion, agiert, abstimmt und beschließt? Und nun oben drein verlesen und erschreken! Beleidigung des Bundesraths! Doch genug. Ich hatte einfach die Thatsache zu konstatieren!

Die Beurtheilten werden Revision erheben — das Reichsgericht soll Gelegenheit haben, sein Urtheil über das gymnastische Kunststück mit 131 abzugeben.

Noch Eines. Aehnlich wie bei dem Urtheil in dem Dresdener Prozeß Liebknecht's steht das Strafmaß mit der richterlich „festgestellten“ Schuld in einem großen Mißverhältniß. Wenn die Richter die Angeklagten wirklich all' der Verbrechen schuldig hielten, deren sie dieselben schuldig gesprochen haben, hätten sie ihnen statt 2 mindestens 10 Monate zuerkennen müssen. Durch das relativ niedrige Strafmaß suchten die Richter offenbar ihre Skrupel zu beschwichtigen. Freisprechen dürfte sie nicht, schwer strafen wollten sie nicht, und so kam es denn zu einem Kompromiß zwischen Servilität und Gewissen.

— Oesterreich. Die Nachrichten, welche uns aus dem Lande der Korruption und Niedetracht zugehen, lauten recht unerquicklich. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in einem Lande, wo es mit dem Vereinstrecht für die Arbeiter ohnehin sehr schwach bestellt ist, Angehörige dieser Klasse sich noch gegenseitig um den letzten Rest dieses Rechtes zu bringen suchen. So haben jüngst die Anarchisten eine Versammlung des Vereins „Wahrheit“, in der sie doch absolut nichts zu thun hatten, zu stürmen versucht, und als ihnen dies nicht gelang, so lange standhalten, bis die Polizei die Versammlung schloß. Ein recht angemessenes Benehmen für Anhänger der „absoluten Freiheit“!

Aber die Leute sind nun einmal verkehrt und glauben die größten Lügen, welche ihnen von London aus ausgedreht werden. Sie sind z. B. ganz fest davon überzeugt, daß Bebel und Liebknecht von der Bourgeoisie gekauft sind, daß namentlich Liebknecht heute mit Freunden zugreifen würde, wenn man ihm eine Stelle in der „Norddeutschen Allgemeinen“ anbieten würde, und was dergleichen von den bekannten Revolutionsmachern oder vielmehr Nichtmachern ausgehende Albernheiten mehr sind.

Selbst jeden politischen Kampfes ermangelnd und daher gewohnt, nach Deutschland sich zu richten, aber nicht in der Lage, die deutschen Verhältnisse prüfen zu können, müssen diese Leute ein williges Publikum für alle Dingen abgeben, die ihnen von einer großen deutschen „sozialrevolutionären“ Bewegung vorkommen, die nicht existirt. Die samojewische Behauptungstheorie begünstigt den Schwandel ungemein. Alles, was nicht wagt, ist sozialrevolutionär; was wagt, ist „Spießbürger“. Das ist Dogma. Darauf gibt es nur eine Frage: Was denn eigentlich die „vielen Sozialrevolutionäre“ in Deutschland für „Thaten“ verrichten.

Uebrigens sind wir gar nicht bange, daß nicht mit der Zeit auch in Wien die bessere Einsicht unter den Arbeitern die Oberhand gewinnt. Wägen unsere Freunde nur thätig so fortarbeiten als sie angefangen haben und den herauswühligen Schreibern wohl schließlich der Athem ausgehen.

Das Komite der deutschen Sozialisten in Chicago hat bei Uebersendung der zum Vorberufung für unseren August Weib bestimmten Schleiße folgende schriftliche Ansprache an die Sozialisten Hamburgs und Umgegend gerichtet:

Chicago, 8. Juli 1882.
An die Sozialdemokraten in Hamburg-Altona, Ottensen, Wandsbeck und Harburg.

Kampfgemeinschaft! Gruß und Solidarität von den Sozialisten Chicago's! Brüder, Ihr wißt, daß wir, die Unterzeichneten und unsere Auftraggeber, den Kampfplatz in Deutschland nicht freiwillig verlassen haben, sondern daß wir, „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“, über den Ocean gingen. Brüder, Ihr wißt ferner, daß überall da, wohin die Aferzivilisation des Kapitalismus gedrungen, es auch angeordnete und unterdrückte Menschen gibt. Darum folgt, daß in Amerika das Proletariat ebenso ausgebeutet wird wie in Europa, und daß wir mit unserer unrettwilligen Ueberfiedelung eigentlich nur den Kampfplatz gewechselt haben.

Freilich tobt hier der Klassenkampf noch nicht so allgemein und noch nicht so erbittert, wie dies in Deutschland der Fall ist. Deshalb haben wir hier noch mehr Bewegungsfreiheit als Ihr in Deutschland; doch, dessen sind wir gewiß, auch für Amerika ist der Tag nicht allzu fern, welcher Ausnahmestrafen gegen die noch Gerechtigkeit verlangenden Ausgebeuteten sehen wird. Wenn wir also auch hier, in dem sogenannten freien Lande der Welt, den in Deutschland begonnenen Kampf gegen den Kapitalismus nur fortsetzen, und wenn wir hier selbst persönlich in den vorerwähnten Reihen der Kämpfer stehen, so denken wir doch jeden Tag an Euch, die Ihr unter noch ungleich schwereren Verhältnissen als wir den Kampf mit der alten Gesellschaft fortführt.

Wir können nicht vergeßen, auf wie unglücklichem Terrain Ihr in der alten Heimath den Kampf gegen die mit dem heuchlerischen Hüttengold einer Scheinivilisation überlachte barbarische Gesellschaft führt.

Unsere Bewunderung für Eure Opferfreudigkeit, Beharrlichkeit und Prinzipientreue ist groß!

Wir bedanken Euch daher im Geiste brüderlich die Hand, indem wir gleichzeitig die letzte Ueberzeugung hegen, daß Ihr, gleichviel welche Schwierigkeiten die Reaktion noch planen möge, nicht erlahmen werdet in Eurem Kampfe für die ganze und volle Emanzipation aller Unterdrückten und Entbehrten. Indem wir also voraussetzen, Ihr werdet dem immer stärker anschwellenden Strom der Reaktion finstern Trost entgegenstellen — und indem wir uns der Ueberzeugung hingeben, daß Ihr die Alten gelieben seid, Männer von starkem Willen, Männer der Ueberzeugung, Männer der That, welche sich als Rächer aller Schmach und Unbill betrachten, und welche von dem heiligen Feuer der Begeisterung für die erhabene Sache des Sozialismus ganz erfüllt und ganz durchdrungen sind, bitten wir Euch, auch in unserem Namen eine Pflicht der Dankbarkeit an dem edlen Borkämpfer August Weib zu erfüllen, indem Ihr am 1. August dieses Jahres einen Kranz auf das Grab des zu selbige gefallenen Volkstribunen niederlegt. Wir übersenden Euch zu diesem Zwecke eine Widmung für August Weib mit der gleichzeitigen Bitte, für den beigelegten Betrag von 5 Dollars einen Kranz in Hamburg anfertigen zu lassen und diesen mitwagend der Widmung am 1. August d. J. auf August Weib's Grab niederzulegen.

Recht für diesen Liebesdienst vorweg die Versicherung unseres aufrichtigsten Dankes und eifert dem großen Todten nach, welcher in guten und bösen Tagen unabänderlich, juchend und treu zur großen Sache des revolutionären Sozialismus gestanden hat. Wir unsererseits verpflichten uns zu gleichem Thun.

Mit sozialdemokratischem Brudergrüße und Handschlag und mit dem Rufe: Es lebe die soziale Revolution! zeichnen im Auftrage sämtlicher Chicagoer Genossen

William Lange, 345, Sedgwick Str.,
Hermann Schröder,
F. Schöning.

Korrespondenzen.

— Weimar, im August. Nirgends tritt die Hohlheit der fortschrittlichen Vorfahren von Freiheit und Recht oder auch Gerechtigkeit besser zu Tage als dort, wo die Herren Fortschrittler in der Lage sind, dieselben werth selbst betheiligen. Ich meine dort, wo sie durch den Besitz von Kapital den über weiter nichts als ihre Arbeitskraft verfügenden Arbeiter überlegen sind. Dort zeigen sie ihr wahres Gesicht, dort kann man sie auch am besten kennen lernen und darüber klar werden, was wir zu erwarten hätten, wenn dieselben einmal die Ruder des Staats in die Hand bekommen würden. Genau dieselbe Knechtung und Ausbeutung des Leibes wie des Geistes hätten wir zu erwarten und nichts Anderes. In wie weit dies zutrifft, oder ob ich übertreibe, überlasse ich dem Urtheil der Leser des „Sozialdemokrat“.

Vor vier Jahren gründete ein Herr L. Römhildt von hier eine Pianofortefabrik und veranlaßte zu diesem Zwecke mehrere Genossen, alles tüchtige Leute in dieser Branche, von Leipzig nach Weimar überzusiedeln. Er benahm sich denselben gegenüber äußerst freisinnig, da er wußte, — wenigstens machten dieselben kein Hehl aus ihrer Gesinnung — daß dieselben Sozialdemokraten waren. Nach und nach ging das Geschäft besser, und Römhildt vergrößerte seine Fabrik, was zur Folge hatte, daß auch andere Elemente dort Arbeit fanden, welche den Charakter dieses Herrn bald besser kannten als unsere Genossen.

Diese Elemente verstanden sich nämlich auf das Schmarozken und verdächtigen unsere Genossen vorzüglich, und sanden auch bei Römhildt ein williges Ohr. Denn unterwürfige Kreaturen waren und sind ihm lieber als ernste und selbständig denkende Männer. Waren ihm die Sozialisten, auf die er jetzt nicht mehr angewiesen war, doch in der Seele verhaßt. Er arbeitete darauf hin, dieselben baldmöglichst los zu werden und suchte nur nach geeigneten Vorwänden hierzu. Einer unserer Genossen, der die Dinge im Voraus kommen sah, verließ Weimar. Bald darauf wurde dem Verführer und einem Genossen gekündigt, und zwar Ersterem wegen angeblich zu großer Nachsicht gegen die Arbeiter. Die Schmarozker hatten damit erreicht, was sie längst gewünscht. Die Nothen wurden entlassen, und jetzt konnten sie zur Welt kommen. Nun that sich auch Herr Römhildt keinen Zwang mehr an und führte eine neue Einteilung in der Fabrik ein. Anstatt eines Verführers wurden jetzt vier Fachmeister angestellt. Drei hiervon sind elende und niederwärtige Kreaturen, welchen allein es zu danken ist, daß unsere Genossen so rücksichtslos hinausgeworfen wurden. Der vierte soll ein sehr ehrenwerther Charakter sein. Einer der drei mögen hier den Genossen ganz besonders empfohlen werden, falls derselbe später einmal anderwärts auftauchen sollte; sein Name ist Haseffel. Die beiden Andern sind es nicht werth. Ferner führte Römhildt auch eine neue, für die Arbeiter weit ungünstigere Fabrikordnung ein, die jeder Arbeiter in zwei gleichlautenden Exemplaren unterschreiben mußte. Damit nicht genug, ließ er noch fünf Wochen ohne Wissen und Willen der Arbeiter noch einen Nachtrag hineinschreiben. Dieser Nachtrag lautet:

„Die sofortige Entlassung (!) kann trotz der bereits geschickenen Abnahme der Arbeit durch den Verführer, Werkmeister erfolgen, wenn der Principal nachträglich Fehler entdeckt, welche geeignet sind, das Renommé der Firma zu schädigen.“

So wörtlich. War die Fabrikordnung schon inhuman, denn dieselbe schreibt nur eine achtstellige Kündigung vor, und kann man nach ihr auf eine Anzahl kleiner Uebertretungen hin sofort entlassen werden, so setzte doch dieser Nachtrag allem die Krone auf. Unsere Genossen, die in dieser Branche arbeiten, werden am besten wissen, wie drückbar dieser Paragraph gegen mißliebige Arbeiter ist. Eine Kündigung genügt diesem Ausbeuter nicht, er muß seine Arbeiter sofort hinauswerfen können. Was er heute da und wie viel sich die Ausbeuter aus denselben machen, wird Einem da so recht klar. Zwei unserer Genossen verlagten diesem Nachtrag, welcher ohne ihren Willen und ihr Wissen hineingeschrieben war, die Anerkennung, was die sofortige Kündigung zur Folge hatte. Für die verheirateten Betroffenen war das ein harter Schlag, denn sie mußten mit Weib und Kind die Stadt verlassen, in der man ihnen dauernde Arbeit in Aussicht gestellt hatte.

Und dieser Herr Römhildt ist in politischer Beziehung ein eifriger „Fortschrittler“mann.

Die Arbeiter der Pianofortefabrik seien hiermit gewarnt, nach Weimar zu kommen, bezw. sich nicht nach hierher zu werben zu lassen!

Nun noch Einiges über unsere Bewegung. Für die Sozialdemokratie ist in Weimar kein günstiger Boden, da es hier an einem eigentlichen Arbeiterstand noch ganz und gar fehlt. Außer einer Anzahl kleiner Hoffknechten ist hier wenig oder auch gar kein gewerbliches Leben; ist es doch bekannt, daß der Großherzog den Bau größerer oder kleinerer Fabriken nicht duldet. So klein die Anzahl der Genossen hier nun auch ist, so haben sie doch tren zusammen, um einst am Tage der großen Abrechnung am Plage zu sein. Besser ist der Boden für uns in dem nahegelegenen Apolda, und können die Genossen dort bei einiger Mithiligkeit bessere Resultate erzielen als wir hier. Doch ist die Anzahl der Abonnenten des „Sozialdemokrat“ noch im Wachsen begriffen. Einer unserer bekannteren Parteigenossen schrieb vor Kurzem hierher, daß es mit der Bewegung in Thüringen langsam zu gehen scheint, außer in Erfurt, und regte die Frage eines Thüringer Parteitages an.

Eine Zentralisation der einzelnen thüringischen Städte ist in letzter Zeit mehrere Male versucht worden, bisher aber ohne Erfolg. Der Grund ist hauptsächlich der, daß die älteren Genossen in denselben keinen Anreiz für unsere Bewegung erblicken können.

Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken, mit Stolz darauf hinweisen zu können, daß unser Parteiorgan eine immer größere Verbreitung findet — denn die dasselbe lesen, sind meist schon Genossen —, sondern wir müssen auch die große Masse Abseitsstehender mit unseren Forderungen und Befreiungen immer mehr vertraut machen, sie an ihre Forderungen erinnern und ihnen den einzigen und wahren Weg zeigen, die Befreiung von den wirtschaftlichen und politischen Fesseln. Und dies geschieht am Besten durch klar und populär geschriebene Flugblätter. Denn wir müssen auch unbedingt das Landvolk in den Kreis unserer Agitation ziehen.

— Heidenheim, Ende Juli. In dem in Nr. 29 des „Sozialdemokrat“ über unsere Wahlthätigkeit Berichteten ist noch Einiges hinzuzufügen. Die Schlafmüdigkeit und Angstmüdigkeit der Volkspartei, welche das politische Leben bei uns buchstäblich verumpfen, hat unsere Genossen nicht einzulassen vermocht; wir haben thätig vorgearbeitet und gedenken, wenn nicht besonders ungünstige Verhältnisse eintreten, ein ordentliches Wahlergebnis zu erzielen.

Ueber die Hausführung und Verhütung unseres Genossen K. ist zu berichten, daß bei ihm Nichts gefunden wurde, was gegen ihn hätte angebracht werden können; lediglich das Abgeben zweier Nummern des „Sozialdemokrat“ an eine falsche Adresse hatte einige Zwischenfall veranlaßt. Nach 11tägiger Haft wurde unser Genosse außer Verhaftung gesetzt. Daß derselbe nicht sofort entlassen wurde, sondern seine Arbeit ruhig wieder aufnehmen konnte, verursacht unserm Stadtschultheiß und dem Stationskommandanten arge Kopfschmerzen. In ihrem Eifer für das Wohl der Bürger machten sie dem Arbeitgeber desselben lebhaft Vorstellungen darüber, daß er so einen Staatsgefährlichen Mann wieder beschäftige, bisher aber ohne Erfolg. Sehr edle Seelen!

Noch ein Pfaffenstückchen ist von hier zu erwähnen. Daß die Parteigenossen mit der Kirche innerlich schon längst gebrochen, ist Thatsache, doch ist es leider noch oft geboten, daß man gegen seinen Willen die äußere Form beibehalten muß, will man seine Existenz nicht gleich von Anfang an untergraben. Ein hiesiger Genosse hatte aus ganz bestimmten Gründen sich der kirchlichen Trauung unterziehen müssen; und der Pfaffe, trotz seiner himmlische Verdammtheit einmal vor solchen Leuten anbringen können, legte in seiner Ansprache, zu der er eigentlich gar nicht verpflichtet ist, folgendermaßen los:

„Eins ist Noth!“

Christus hat es uns nicht gesagt, ich sage es auch nicht. — Die Euren sagen, Geld und Gut, die Andern Gesundheit, Arbeit und Gehilfsamkeit.

Und Freiheit thut Noth, rufen sie auf allen Gassen.

Aber, ich kenne keinen Menschen, der wirklich glücklich ist, wenn er die Freiheit besitzt.“ Und so ging der Galimatias fort.

Nun, wie diese Rede angeht, darüber kann das Priesterlein unbefragt sein. Darum bleibt unser Mahnwort: Auf, in die Reihen der Sozialdemokratie; dann werden wir die rechte Freiheit erringen zum Wohle der Menschheit!

Vättich, den 26. Juli 1882. Im September dieses Jahres findet hier ein Arbeiterfest statt, wozu laut Aufruf nicht nur alle sozialistischen Arbeitervereine, ohne Unterschied der Richtung, in Belgien, sondern überhaupt alle Proletarier eingeladen sind. Dieses Fest, für welches schon heute eine zahlreiche Beteiligung besteht, ist in erster Linie dazu bestimmt, die belgischen Arbeiter ihrer Landesgenossen, l'union fait la force (Einigkeit macht Kraft) entgegen zu führen; der Wunsch unserer belgischen Brüder geht aber dahin, daß sich auch die ausländischen Arbeiter, von denen die deutschen Arbeiter hier den weitaus größten Theil ausmachen, zahlreich betheiligen. Wollan, kommen wir diesem Wunsch nach! Zeigen wir, daß wir vom Geiste der Solidarität befeuert sind. Fehle keiner beim Feste! Deutsche Arbeiter in Vättich, theilhaftig Euch recht zahlreich, zeigt Euch Eurer Brüder würdig!
Es lebe die Solidarität! Einige Proletarier.

Aufforderung.

Florian Neber, früher in Zug wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen daselbst ungefüllt nachzukommen, dafern er nicht weiteres Vorgehen gemwärtigen will.

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Organisation in der Schweiz und dem übrigen Ausland.

Zur Beachtung.

Da es wiederholt vorgekommen, daß sich Personen, die nicht zu unserer Partei gehören, als Mitglieder derselben ausnahmen, um besser gegen dieselbe intrigieren zu können, auch die Mitgliederarten zu persönlichen Zwecken mißbrauchten, so machen wir darauf aufmerksam, daß jene Karten nur zur Befestigung der geleisteten Beiträge, nicht als Nachweis persönlicher Verlässlichkeit dienen können.

Die Mitglieder müssen sich daher, wenn sie einen Ort verlassen und anderwärts vertrauenswürdige Aufnahme oder sonstige Handreichungen gewärtigen wollen, von ihrem jetzigen Lokalausschusse eine Bescheinigung über ihre Vertrauenswürdigkeit ausstellen lassen, oder schriftliche Empfehlung genügen bekannter Partei-Vertrauensleute vorweisen können.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist diese Vorsicht unerlässlich, um den gegen unsere Parteiorganisation neuerdings wieder versuchten anarcho-sosialistischen und politischen Räubern mit allem Nachdruck begegnen zu können.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Die auswärtige Verkehrsstelle.

Briefkasten.

der Redaktion. S. K. in Ebon: Ihre Mittheilung ist höchst interessant, doch möchten wir zur Zeit auf die Veröffentlichung derselben Verzicht leisten; sie könnte heute Wasser auf die Mühle unseres guten Freundes sein, der, wie Sie wissen, „auch Papierfabrikant“ ist. Spätere wir sie uns daher auf eine passende Gelegenheit auf. L. F. in Hbg.: Die Einsetzung war bereits gefestigt, als Ihr Brief eintraf. Doch haben wir Ihren Bedenken nach Rechnung getragen. — Korrespondenzen aus Baden-Baden, Dresden, Kopenhagen, Rowames, Paris, Brüssel und der Pfalz dankend erhalten. F. M. in Ebon: Besten Dank für briefliche Mittheilungen, welche wir uns zur Information dienen lassen. Halten uns nur immer auf dem Laufenden! Leo. Gr. in P.: Dank für Anstalt, Korrespondenz erhalten.

der Expedition. Raulwarj G.: In Nr. 31 sind statt Nr. 5.— pr. Uds. irrthümlich Nr. 15.— quittirt, deshalb haben Sie wahrscheinlich Noth übersehen. — Rothlagen a. d. Jizlar: Bf. v. 12/8 eingetroffen. Vorkurs: beachtet. — Peter: Lösung 34 bewirkt u. Ertrag eingeleitet. — Lupus illius: Beide Bst. am 14/8 erb. u. besorgt. — Formaris: Bericht v. 11/8 am 14. eingetr. — R. F. B.: Nr. — 30 f. Schft. erb. Nr. 28 total vergriffen. — Rothbar: Nr. 210. — a. Eto. erb. Bf. erwart. — Dsch. Arb.-B. Horgen u. Wädenswil: Fr. 24.— pr. Uds. durch G. dtd. erb. — Th. Sch. P.: Nr. 3.— Ab. 3. Du. erb. — H. K. Rthl.: Fr. 30.— a. Eto. erb. — J. D. Paris: Fr. 5.— Ab. 3. u. 4. Du. erb. — J. B. W.: Nr. 260 a. Eto. Ab. 2. Du. erb. Addr. geordnet. Ein rechtlich geordneter Pfennig wiegt schwerer als alles Mauthbenthum. Sie haben recht. Gruß! — Die getrennt in Jezer: Nr. 6.— Ab. 3. Du. erb. — Volksg. R.-Hort: Schlußabrechnung nebst (Doll. 202,92) in Rimeise Fr. 1045,09 erb. u. dem dtsch. Wahlfonds dtd. zugew. — E. F. M. R.: Nr. 10.— 1 Expl. 3. Du. 1 Expl. Juli u. 5 Expl. Aug. u. Sept. erb. 2. gelöst. Ertrag notirt. — Rosa Bek.: Nr. 40.— a. Eto. gutgeh. Nr. 20.— d. Uds. dtd. zugew. Im Weiteren disponieren nach Wunsch. Ebg. an B. besorgt. — Stg. Hier: Fr. 2.— Ab. 3. Du. erb. — Elpidine Genf: Fr. 1,60 Ab. Aug. erb. — G. B. W.: Nr. 2.— Ab. Aug. Sept. u. Nr. 1,30 Ab. — B. Bafel: Fr. 9.— a. Eto. Ab. 2. u. 3. — hieror Eto. Zytisch. abgshr. — G. L. Bfll.: Fr. 5,85 Ab. 3. Du. 2. u. 2. erb. Rest auf 1. Du. 2. gelöst. — P. G.: Fr. — 50 f. Schft. erb. — Duch Z.: Fr. 1,75 Ueberhuß v. Schriftverl. pr. Uds. dtd. erb. — Bon 3 armen Tauseln: Fr. 3.— d. Uds. dtd. zugew. — Lucius: Nr. 60.— a. Eto. z. erb. — Pöhl. briefl. abgg. — W. K. R. G.: Nr. 3.— Ab. 3. Du. u. Nr. 1.— pr. Uds. dtd. erb. In 5 müssen Sie selber abstellen. — A. B. Bern: Fr. 2.— Ab. Aug. u. Sept. erb. Nachfr. fort. — Nachschwan: Nr. 13.— Ab. 3. Du. u. Schft. erb. Außer Ihnen Niemand dort. Briefl. das Weitere. — Van Beveren Gent: Fr. 11,45 Ab. 1. u. 2. u. a. Eto. 3. Du. für Fr. erb. — Roland: Nr. 40.— a. Eto. erb. Nachfr. v. 9/8 bestens beachtet. Weiteres später. 20 Reberhllg. besorgt. — P. L. Df.: Nr. 3.— Ab. Aug. Sept. u. Okt. erb. — A. G. Brüssel: Bf. v. 14/8 nach Schluß d. Bf. eingetr. Leipzig, ab Aug. z. besorgt. Bravo! — A. G. Paris: Besten Dank für Nachfr. 10 Reberhllg. z. folgt. — Zug: Fr. 13,30 v. d. Volksw. d. Uds. dtd. zugew. —

Freund Philipp Ray in Amerika wird um baldige Nachricht gebeten von Georg Berger in Wiesloch.

Zürich. Samstag, den 19. Aug., Abends 8 Uhr, im Café Kessler, Säulsihofstatt

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Da sehr wichtige Parteianglegenheiten zur Verhandlung kommen, sind die Parteigenossen aufgefordert, sämtlich zu erscheinen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Ohne diese kein Eintritt gestattet.

Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Sozialdemokratisches Arbeiterfest auf Schloss Wyden.

Alle Vereine, welche bei Versendung der Einladungen etwa übersehen worden sind, wollen dies freundlichst entschuldigen und die im „Sozialdemokrat“, der „Arbeiterstimme“ und dem „Grütliauer“ enthaltenen Einladungen dafür nehmen.

Auf verschiedene Anfragen bemerken wir, dass es den Vereinen gestattet ist, ihre Fahnen mitzubringen. Diejenigen Theilnehmer, welche lange vor 8 Uhr 40 Min. in Andelfingen ankommen, wollen sich in der Wirthschaft zur Schmiedstube (bei Herrn Knöpfli) versammeln.

Schließlich ersuchen wir alle Vereine und Einzeln, welche theilzunehmen beabsichtigen, den Anmeldestermin (24. August) nicht zu versäumen.

Der Festauschuss.

4 Schweizerische Druck- und Verlagsanstalt, Göttingen-Str. 14.